

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

35. Jahrgang / 135

18. Juli 1980

Holger Börner, hessischer Ministerpräsident und Vorsitzender der Medienkommission des SPD-Vorstandes, bewertet den NDR-Staatsvertrags-Entwurf.

Seite 1/2

Hans-Jochen Vogel, Mitglied des SPD-Präsidiums, würdigt anlässlich des 20. Juli den Widerstand gegen die nazistische Gewaltherrschaft.

Seite 3/4

Johannes Peters, Mitglied des Europa-Parlaments, fordert die Regierungen auf, sich für eine gemeinschaftliche Stahlpolitik einzusetzen.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

Der Silberstreif am Horizont

Erste Anmerkungen zum NDR-Staatsvertrags-Entwurf

Von Holger Börner

Hessischer Ministerpräsident und Vorsitzender der Kommission für Medienfragen beim SPD-Vorstand

Über Monate hat man fürchten müssen, daß die Medienpolitik von der Union endgültig zu einem Schlachtfeld erklärt wird, auf dem nurmehr nach dem Muster der Sonthofener Strategie gehauen und gestochen wird. Der Staatsvertrags-Entwurf für den NDR, den die Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie der Hamburger Bürgermeister Klose am 17. Juli 1980 in Bonn paraphiert haben, ist so etwas wie der berühmte Silberstreif am verdüsterten Horizont.

Mit diesem balancierten Kompromiß können alle Parteien leben; er hinterläßt weder Helden in Siegerpose noch rachsüchtige Verlierer und könnte so der Ausgangspunkt für neue, zähe, ernsthafte Verhandlungen um einen medienpolitischen Konsens zwischen den Parteien werden. Dies allerdings erst dann, wenn die Paragraphen der Länderchefs von ihren Vorständen und Fraktionen gegengezeichnet sind.



Drei Feststellungen zu dem Entwurf sind schon jetzt möglich:

- Bürgermeister Hans-Ulrich Klose ist es gelungen, den Staats- und Parteien- einfluß im NDR entscheidend zurückzudrängen. Die Begrenzung auf fünf Parteien- vertreter unter dreißig Rundfunkräten ist eine auch für andere Rundfunkan- stalten beispielgebende Lösung, das ausdrückliche Verbot von staatlichen Wei- sungen in Programmfragen eine begrüßenswerte medienpolitische Novität, von der Signalwirkung ausgehen kann.
- Die stärkere Berücksichtigung der Regionen im NDR-Programmangebot ist seit langem eine von allen Parteien akzeptierte Notwendigkeit. Daß man in Aussicht nimmt, die dadurch entstehenden zusätzlichen Kosten teilweise über Hörfunkwer- bung zu decken, verändert die Rechtssituation nicht; das hätten die Gremien des NDR auch bisher beschließen können. Daß man jetzt die Beschränkung der Werbung auf eine Service-Welle vorgesehen hat, ist positiv zu werten.
- Es bleibt bedauerlich, daß Schleswig-Holstein und Niedersachsen darauf bestanden haben, außer an den NDR auch noch andere Rundfunklizenzen und zwar auch an pri- vate Interessenten vergeben zu können.
- Die SPD wird sich weiterhin kompromißlos gegen eine Kommerzialisierung des Rund- funks wenden und auch in diesem Sinne politisch streiten. Die Tatsache, daß der Staatsvertrags-Entwurf bis 1983 die Alleinstellung des NDR garantiert und daß vor 1986 zusätzliche Wellen wohl kaum zur Verfügung stehen dürften, gibt immerhin allen gesellschaftlichen Kräften die Chance zu einer Denkpause. Man sollte sie nutzen. Und Ernst Albrecht muß wissen: Die SPD wird bei den nieder- sächsischen Landtagswahlen 1982 seine Kommerzfunfpläne zu einem zentralen Wahl- kampftHEMA machen.

Wichtig ist, daß ein so konzipierter Staatsvertrag den Zerfall der ARD in rivali- sierende Kleinsender und den Zusammenbruch einer traditionsreichen "publizisti- schen Einheit" mit allen Folgen der Unsicherheit für Tausende von Arbeitsplätzen verhindern kann. Dies bedeutet: Nicht eine Partei, sondern die Hörer könnten eine Schlacht gewinnen. Nicht die letzte, aber eine wichtige. (-/18.7.1980/vo-he/va)

+

+

+



Der Widerstand hat viele Wurzeln

Zum Jahrestag des Attentats auf Hitler am 20. Juli

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums

Das Geschichtsbewußtsein, das in unserem Lande lange verschüttet erschien, ist in den letzten Jahren lebendiger geworden - auch für die Ereignisse der jüngeren Zeitgeschichte. So ist das Interesse am Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft deutlich gewachsen. Es wissen heute auch mehr Menschen als früher, daß der 20. Juli 1944 nicht der einzige Versuch war, Hitler zu widerstehen. Sie wissen, daß Gegner des Nationalsozialismus unterschiedlichster Couleur, darunter Sozialdemokraten in großer Zahl, schon von 1933 an verfolgt wurden, weil sie sich von Anfang an gegen die Gewalt und die Willkür engagierten, weil sie sich nicht anpaßten.

Das nimmt den Ereignissen vom 20. Juli 1944 nichts von ihrer Bedeutung. Natürlich kam das Attentat spät. Aber im Falle seines Gelingens hätte es noch immer viele Menschenleben gerettet. Und selbst im Mißlingen war es ein Signal. Ein Signal des Abscheus, des Protestes gegen die Tyrannei und ein Bekenntnis zur Menschenwürde, zur persönlichen Freiheit und zur Wiederherstellung des Rechts.

Das nämlich einigte die Männer und Frauen, die das Attentat vorbereiteten oder an ihm mitwirkten: Sie wollten den Krieg beenden. Und sie wollten dem Recht wieder zur Herrschaft verhelfen. Darum hieß es in der von den Verschwörern entworfenen Regierungserklärung an zentraler Stelle: "Das Recht wird wiederhergestellt werden... Keine menschliche Gesellschaft kann ohne Recht bestehen; keiner, auch derjenige, der glaubt, es verachten zu können, kann es entbehren. Für jeden kommt die Stunde, da er nach dem Recht ruft."

Und ganz ähnlich hatte Kurt Huber, der Mentor der Weißen Rose und der Geschwister Scholl, schon eineinhalb Jahre vorher in seinem Schlußwort vor dem Volksgerichtshof jenen berühmten Satz gesprochen: "Was ich bezwecke, war die Rückkehr zu kla-



ren, sittlichen Grundsätzen, zum Rechtsstaat, die Wiederherstellung der Legalität."

Das erschien den Männern und Frauen des 20. Juli 1944 wichtig genug, das Leben zu wagen. Der Sozialdemokrat Julius Leber, eine der Schlüsselfiguren des Widerstandes, schrieb darüber Anfang Januar 1945 schon im Angesicht des Todes an seine Freunde: "Für eine gute und gerechte Sache ist der Einsatz des eigenen Lebens der angemessene Preis. Wir haben getan, was in unserer Macht gestanden hat. Es ist nicht unser Verschulden, daß alles so und nicht anders ausgegangen ist."

Es war wohl eine Verirrung, daß der Sohn eines bedeutenden Vaters vor einem Jahr den Versuch unternahm, den 20. Juli für eine bestimmte Richtung, nämlich die politische Rechte in Beschlag zu nehmen. Und es war ein Affront gegen die historische Wahrheit, daß der Gleiche einem Mann wie Herbert Wehner die Legitimation zur Würdigung der Opfer bestreiten wollte. Denn das ist eben auch ein Merkmal des 20. Juli, daß sich in seinem Zeichen Deutsche aller Berufe, aller politischen Richtungen und aller Konfessionen zusammenfanden. Gewerkschaftsführer, Offiziere und Beamte, Sozialisten und Konservative, Geistliche und Arbeiter. Es war eine Bewegung, die - wie es der französische Historiker Maurice Beaumont einmal formuliert hat - mit vielen ihrer Wurzeln hinabreichte in das Erdreich einer besseren Vergangenheit, eines anderen, eines humanistischen, geistigen, liberalen und eben auch eines sozialen, von den Traditionen der Arbeiterbewegung mitgeprägten Deutschlands. Diese Wurzeln zu verleugnen, hieße das Andenken der damaligen Opfer beleidigen.

(-/18.7.1980/v0-he/va)



Nationaler Egoismus triumphiert

Die europäische Stahlindustrie benötigt eine echte Gemeinschaftspolitik

Von Johannes Peters MdEP

Die Stahlindustrie der Europäischen Gemeinschaft steckt in der Krise. 1977 und 1978 sind jeweils ungefähr 40.000 Arbeitsplätze verlorengegangen. Das sind in zwei Jahren 80.000 Arbeitsplätze. Einschließlich 1980 muß damit gerechnet werden, daß weitere 80.000 Arbeitsplätze bedroht sind oder gar verlorengehen, und das vorrangig in Regionen mit einseitiger Wirtschaftsstruktur, in denen Schwerindustrie vorherrscht und die Stahlindustrie ein ausschlaggebender Faktor dieser industriellen Landschaft ist. Das gilt für Belgien, für Frankreich, für Luxemburg, für das Vereinigte Königreich, zum Beispiel in Consett und Wales; es gilt aber zum Teil auch für die Bundesrepublik Deutschland, beispielsweise für das Ruhrgebiet oder das Saarland. Der Verlust dieser Stahlarbeitsplätze zieht den Verlust weiterer Arbeitsplätze in abhängigen Industriezweigen wie Metallindustrie, Bau-sektor, Handel nach sich. Weitere Arbeitsplätze sind bedroht oder fallen weg, und das in Gebieten in denen bereits ohnehin eine relativ hohe Arbeitslosigkeit besteht - eine Situation, die durch den Verlust von Arbeitsplätzen in der Stahl-industrie weiter verschärft wird.

Die Stahlindustrie in der Europäischen Gemeinschaft kann letztlich nur überleben, wettbewerbsfähig sein, wenn sie modern ist, wenn sie leistungsfähig ist. Diese Leistungsfähigkeit darf jedoch nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen, darf nicht durch zusätzliche, erhöhte Arbeitslosigkeit erkaufte werden. Eine solche Modernisierung muß also verknüpft sein, muß gleichrangig stattfinden mit einer sozialen Absicherung und einer sozialen Versorgung der betroffenen Arbeitnehmer. Das Ver-trauen der Arbeitnehmer in die Europäische Gemeinschaft ist abhängig davon, wie sie es schafft, in diesen Krisengebieten zusätzliche Arbeitslosigkeit zu verhindern, die bedrohten Arbeitsplätze zu erhalten.

Der Bericht des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und Beschäftigung des Europäischen Parlaments verweist in seinem Entschließungsantrag auf die von ihm als vorrangig erachteten sozialpolitischen Schwerpunkte, die in der Begründung ausführlich belegt werden.

Es sollte nicht der Eindruck entstehen, daß, - obwohl im Augenblick am härtesten betroffen - allein die englische und französische Stahlindustrie schwere Probleme hat. In nächster Zukunft, und zumindest mittelfristig ergeben sich auch für die anderen eisen- und stahlproduzierenden Länder in der Gemeinschaft Schwierigkeiten; so wird zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland nach einem konjunkturellen Zwischenhoch 1979 bereits für 1980 mit einem erneuten Einbruch der Auftragslage gerechnet, was, trotz bereits durchgeführter Anpassungsmaßnahmen einen Abbau von weiteren 20.000 Arbeitsplätzen in der deutschen Stahlindustrie innerhalb der näch-ten drei Jahre bedeuten würde.

Die Anhörung allerdings, die der Ausschuß für soziale Angelegenheiten und Beschäf-tigung im Rahmen der Berichterstattung am 31. März 1980 abhielt, machte die erhebli-



chen Unterschiede deutlich, die sowohl bezüglich der Bewertung der Notwendigkeit von Gemeinschaftsbeihilfen im allgemeinen als auch bezüglich Bereitschaft über den vorgeschlagenen Maßnahmenkatalog zu verhandeln, zwischen den Positionen der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter bestehen. Während sich die Gewerkschaftsvertreter zumindest bereit erklärten, notwendige Umstrukturierungen zu diskutieren und dabei unumgängliche Entlassungen bei sozialer Absicherung im Rahmen der Kommissionsvorschläge zu akzeptieren, machten die Arbeitgebervertreter klar, daß sie außer der Frühpensionierung im hergebrachten Stil, - eine Maßnahme, deren Wert für den Arbeitnehmer, die Erhaltung und die Schaffung von Arbeitsplätzen umstritten ist - keine der im Kommissionskatalog vorgesehenen Maßnahmen auch nur zu diskutieren bereit sind.

In diesem Zusammenhang muß das bisherige Verhalten der europäischen Ministerräte und Regierungschefs ausdrücklich mißbilligt werden, die aus Rücksicht auf nationale Industrieinteressen einer Entscheidung für eine Gemeinschaftspolitik ausweichen. Die von der Kommission vorgelegten Maßnahmenvorschläge und die von ihr vertretenen Positionen der gemeinschaftlichen Verantwortlichkeit sollten darum nachdrücklich und vorbehaltlos unterstützt werden, wobei die finanzielle Absicherung dieser Maßnahmen aus den allgemeinen Haushaltsmitteln sich wohl als Forderung von selbst versteht.

Für den Bürger in Europa und insbesondere für die betroffenen Arbeitnehmer kann es nur wie Mohn klingen, wenn jährlich Milliardenbeträge in ERE, das heißt über 70 Prozent des Gesamthaushalts, für die Stützung des Agrarmarkts aufgewendet werden, während der für einen Zeitraum von drei Jahren geforderte Betrag von 100 Millionen ERE zur Finanzierung von Maßnahmen, die über die im EGKS-Vertrag, Artikel 56 Absatz 2 hinausgehen, und als Minimalleistung angesehen werden kann, keine Zustimmung findet.

Das Europäische Parlament, dessen vorrangige Pflicht die Wahrung der Interessen der Bürger der Europäischen Gemeinschaft ist, muß diese allgemeine Wirtschaftskrise - und in diesem Zusammenhang vor allem die beängstigende Entwicklung in der Eisen- und Stahlindustrie - zum Anlaß nehmen, die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen auf nationaler und Gemeinschaftsebene in die Pflicht zu nehmen; ihre ideelle Verantwortlichkeit, insbesondere für die soziale Sicherheit der von Arbeitslosigkeit betroffenen oder bedrohten Arbeitnehmer, endlich in reale Maßnahmen zur sozialen Absicherung, Arbeitsumverteilung und Arbeitszeitverkürzung umsetzen, anstatt sich in beschämend kleinlichen endlosen Prinzipiendebatten auf europäischer Ebene vor den Konsequenzen ihrer national orientierten Politiken zu drücken.

Das Europäische Parlament und die übrigen Institutionen der Gemeinschaft haben im Fall der Gemeinschaftsassistenz und -absicherung der notwendigen Umstrukturierungen in der Stahlindustrie, als einer Kernindustrie, die Bewährungsprobe ihres politischen Willens und Durchsetzungsvermögens auf europäischer Ebene zu bestehen und sollten sich dieser Verpflichtung gegenüber den Arbeitnehmern in der Gemeinschaft deutlich bewußt werden.
(-/18.7.1980/vp-he/va)

+ + +

